

Aufnahme- und Pragmatisierungspolitik 2016

Bericht erstes Halbjahr 2016

auf Basis MR-Beschluss vom 3. Mai 2016

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

1. Aufnahmepolitik im ersten Halbjahr 2016

Zielabweichung in der betriebsmäßigen Darstellung (exkl. Ausgegliederte)

Stand 1. Juni 2016 in VBÄ

Nummer	UG *	Ziel 31.12.2016 **	Ist 1.6.2016	Menschen mit Behinderung ***	1.6.2016 abzüglich Menschen mit Behinderung	Zielabweichung absolut	Zielabweichung in %
01	Präsidentenkanzlei	77	72,75		72,75	-4,25	-5,5%
02	Bundesgesetzgebung	430	416,30		416,30	-13,70	-3,2%
03	Verfassungsgerichtshof	98	87,08		87,08	-10,93	-11,1%
04	Verwaltungsgerichtshof	197	187,88		187,88	-9,13	-4,6%
05	Volksanwaltschaft	75	72,75	2,00	70,75	-4,25	-5,7%
06	Rechnungshof	312	277,90		277,90	-34,10	-10,9%
10/32	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.596	1.452,53	2,50	1.450,03	-145,98	-9,1%
11	Inneres	34.158	32.525,30	15,00	32.510,30	-1.647,70	-4,8%
11	davon Exekutivdienst (inkl. AspirantInnen, SV Greko)	28.878	27.346,03		27.346,03	-1.531,97	-5,3%
11	davon Inneres exkl. Exekutivdienst	5.280	5.179,27	15,00	5.164,27	-115,73	-2,2%
12	Europa, Integration und Äußeres	1.212	1.137,63	4,00	1.133,63	-78,38	-6,5%
13	Justiz	11.359	11.121,68	5,00	11.116,68	-242,33	-2,1%
14	Landesverteidigung und Sport	21.649	20.979,22	4,50	20.974,72	-674,28	-3,1%
15	Finanzen	11.215	10.532,95	1,00	10.531,95	-683,05	-6,1%
20/21	Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	1.526	1.521,23	20,00	1.501,23	-24,78	-1,6%
24	Gesundheit	365	345,60		345,60	-19,40	-5,3%
25	Familien und Jugend	125	104,63		104,63	-20,38	-16,3%
30	Bildung und Frauen	44.537	44.647,15	57,97	44.589,18	52,18	0,1%
30	davon Schulbetrieb LehrerInnen	38.767	38.672,66	1,87	38.670,79	-96,21	-0,2%
30	davon Bildung und Frauen exkl. Schulbetrieb LehrerInnen	5.770	5.974,49	56,10	5.918,39	148,39	2,6%
31/40	Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft	2.794	2.785,37	13,25	2.772,12	-21,88	-0,8%
41	Verkehr, Innovation und Technologie	1.006	841,40	1,00	840,40	-165,60	-16,5%
42	Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	2.442	2.477,42	8,00	2.469,42	27,42	1,1%
42	davon Schulbetrieb LehrerInnen	470	471,15		471,15	1,15	0,2%
42	davon Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft exkl. Schulbetrieb LehrerInnen	1.972	2.006,26	8,00	1.998,26	26,26	1,3%
Gesamt- ergebnis		135.173	131.586,73	134,22	131.452,51	-3.720,50	-2,8%

* dienstzugeteilte MitarbeiterInnen der Landesverteidigung im Rahmen der Mobilitätsprojekte sind im Personalstand enthalten

** VBÄ-Ziele 2016 gemäß MR-Beschluss vom 3. Mai 2016 (100. MR, TOP 5, GZ 928.500/0003-III/7/2016) angepasst um

Post/Telekom-Mobilität und BMLVS-Mobilität im ersten Halbjahr 2016: Post/Telekom-Mobilität: BMI +21, BMJ +3, BMF +9, BMBF +3, BMWFW +1, BMVIT +1; weitere Programme: BMLVS -56 davon an BMI +46, BMJ +10

*** davon vom Ziel ausgenommene Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70% und mehr

Der Personalstand beträgt zum 1. Juni 2016 insgesamt 131.587 mittelverwendungswirksame Personalkapazitäten (VBÄ). Der Zielwert in Höhe von 135.173 ist nach Abzug der Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70% oder mehr um 3.721 VBÄ übererfüllt.

In der Ressortsicht haben alle Ressorts mit Ausnahme des Bildungsressorts (52 VBÄ bzw. 0,1%) und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (27 VBÄ bzw. 1,1%) aktuell die Zielvorgabe erreicht. Das Bundesministerium für Bildung und Frauen geht davon aus, dass das VBÄ-Ziel zum 31. Dezember 2016 voraussichtlich knapp nicht erreicht werden kann.

Gemäß MR-Beschluss vom 26. August 2011 sind Neuaufnahmen von Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70% oder mehr von den VBÄ-Einsparungszielen ausgenommen. Mit Stand 1. Juni 2016 sind daher 134 VBÄ nicht auf das Ziel anzurechnen.

Als relevante Messgröße für den Personalstand wird die mittelverwendungswirksame Personalkapazität (VBÄ) im Personalaufwand definiert. Die Zielgrößen gelten jeweils für das Ende eines Kalenderjahres. Datenquelle ist das Managementinformationssystem „PM-SAP MIS“ des Bundes.

Die jeweiligen Zielabweichungen der betreffenden Ressorts können im Detail der Tabelle entnommen werden.

2. Mobilitätsprogramme 2015 und erstes Halbjahr 2016

Entsprechend dem forcierten Mobilitätsprogramm der Bundesregierung können Post/Telekom-BeamtInnen in bestimmten Bundesdienststellen mit besonderem Bedarf im Ausmaß von 1.267 VBÄ eingesetzt werden. Die VBÄ-Ziele sind halbjährlich entsprechend den tatsächlich erfolgten Versetzungen anzupassen. Im gesamten Jahr 2015 wurden im Rahmen der Mobilitätsprogramme Etappe I und II 109 Post/Telekom-BeamtInnen versetzt.

Im ersten Halbjahr 2016 erfolgten weitere 38 Versetzungen von Post/Telekom-BeamtInnen.

Insgesamt fanden bisher 876 Versetzungen statt, die sowohl im tatsächlichen Personalstand als auch bei den VBÄ-Zielen berücksichtigt sind.

Ein weiteres Mobilitätsprogramm umfasst den Einsatz von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung in den Ressorts Inneres, Justiz und Finanzen auf zweckgebundenen Planstellen. 2015 wurden 19 MitarbeiterInnen und 4 weitere MitarbeiterInnen im ersten Halbjahr 2016 auf zweckgebundene Planstellen versetzt.

Seit Beginn des Mobilitätsprojektes sind 65 MitarbeiterInnen der Landesverteidigung auf zweckgebundene Planstellen (BMI: 4, BMJ: 6, BMF: 55) versetzt worden.

Insgesamt sind im Justizressort 30 zweckgewidmete Planstellen des Exekutivdienstes, im Innenressort 300 Planstellen des Exekutivdienstes und im Finanzressort 70 Planstellen des Allgemeinen Verwaltungsdienstes bereits sowohl im Personalplan als auch bei den VBÄ-Zielen berücksichtigt. Ist die Personalmobilität im vorgesehenen Umfang durch MitarbeiterInnen der Landesverteidigung bzw. Post/Telekom-BeamtenInnen bis Ende 2018 nicht möglich, werden die VBÄ-Ziele in diesem Ausmaß adaptiert.

Ein weiteres Mobilitätsprojekt zur Förderung eines nachhaltigen Mobilitäts- und Kapazitätsmanagements sieht einen Transfer im Ausmaß von bis zu 162 VBÄ und Planstellen von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung zum Innenressort für das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl vor. Nach Versetzung der MitarbeiterInnen vom Ressort Landesverteidigung und Sport in das aufnehmende Ressort wird das VBÄ-Ziel im Einvernehmen mit den betreffenden Ressorts halbjährlich (Stichtag 1. Juni und 31. Dezember) auf Basis der Ressortmeldung an das Bundeskanzleramt angepasst. Im Jahr 2015 fanden 27 Versetzungen statt, die zu einer Adaptierung der VBÄ-Ziele von der Landesverteidigung zum Innenressort führten.

Im ersten Halbjahr 2016 erfolgten weitere 46 Versetzungen von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung zum Innenressort.

Insgesamt fanden bisher 73 Versetzungen statt, die sowohl im tatsächlichen Personalstand als auch bei den VBÄ-Zielen berücksichtigt sind.

Ein weiteres Verwaltungsübereinkommen sieht einen Transfer von bis zu 30 Planstellen von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung zum Justizressort für den Bereich des Strafvollzugs vor. Nach Versetzung der MitarbeiterInnen vom Ressort Landesverteidigung und Sport in das Bundesministerium für Justiz wird das VBÄ-Ziel im Einvernehmen mit den betreffenden Ressorts halbjährlich (Stichtag 1. Juni und 31. Dezember) auf Basis der Ressortmeldung an das Bundeskanzleramt angepasst. Im Jahr 2015 fanden 10 Versetzungen statt, die zu einer Adaptierung der VBÄ-Ziele von der Landesverteidigung zum Justizressort führten.

Im ersten Halbjahr 2016 erfolgten weitere 10 Versetzungen von MitarbeiterInnen der Landesverteidigung zum Justizressort.

Insgesamt fanden bisher 20 Versetzungen statt, die sowohl im tatsächlichen Personalstand als auch bei den VBÄ-Zielen berücksichtigt sind.

3. Pragmatisierungspolitik im ersten Halbjahr 2016

Der Pragmatisierungsstopp wurde im Jahr 2006 auf unbestimmte Zeit verlängert. Zum Stichtag 1. Juni 2016 befinden sich 74.783 BeamtInnen (in VBÄ) im Bundesdienst und darüber hinaus 6.403 in ausgegliederten Einrichtungen exkl. PTV. Die Anzahl der BeamtInnen ist aufgrund des erhöhten Bedarfs in den Berufsgruppen RichterInnen/StaatsanwältInnen und Exekutivdienst im Vergleich zum Jahresende 2015 geringfügig gestiegen (+15). Bei den ausgegliederten Einrichtungen (exkl. PTV) ist 2016 die Anzahl im Vergleich zum Jahresende 2015 um 71 VBÄ gesunken. Der Beamtenanteil im Bundesbereich beträgt aktuell 56,8%. In den Nachfolgesellschaften der PTV beträgt der Personalstand 13.118 VBÄ und ist im Vergleich zum Jahresende 2015 um 356 VBÄ bzw. -2,6% gesunken.